

Kommunen als Herzkammer für eine liberale Bürgergesellschaft stärken

FDP-Positionen für eine zukunftsfähige Kommunalpolitik in NRW

Die FDP steht für eine **selbstbestimmte Kommunalpolitik**, die sich an den unmittelbaren Bedürfnissen der Menschen orientiert. Viele Angelegenheiten des täglichen Zusammenlebens können in der örtlichen Gemeinschaft besser und zielgerichteter geregelt werden, als durch Bundes- oder Landesgesetze. Trotzdem gibt es gerade bei Sozialdemokraten und Grünen einen Trend, den Menschen bis ins kleinste Detail vorzuschreiben, was sie zu tun haben. Die FDP verfolgt hier einen anderen Ansatz, der von **Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit** geprägt ist.

Statt den Alltag der Bürgerinnen und Bürger minutiös vorzugeben, wollen wir lediglich die Rahmenbedingungen für eine **selbstbestimmte Umsetzung individueller Lebensentwürfe** gestalten. Hierzu kann Kommunalpolitik substanziell beitragen. So ist das örtliche Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Ganztagschulen für die Vereinbarkeit von **Familie und Beruf** von entscheidender Bedeutung. Ebenso ist der lokalpolitische Umgang mit Themen wie **Barrierefreiheit und Nahversorgung** maßgeblich, wenn es darum geht, älteren Menschen möglichst lange ein selbständiges Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen.

Auch lokal ansässige Unternehmen und ihre **Arbeitsplatzangebote** können von einer klugen und vorausschauenden Kommunalpolitik erheblich profitieren. Fast alle lebensnahen Entscheidungen werden vor Ort in der Kommune getroffen, egal ob es dabei um die Genehmigung eines Einkaufszentrums, die Sanierung der Fußgängerzone, die Ausgestaltung des Kinderferienprogramms, einen Kunstrasenplatz für den Fußballverein, das Theaterangebot oder die Öffnungszeiten des Baubetriebshofs für die Grünschnittentsorgung geht. Deshalb ist Kommunalpolitik so wichtig. Deshalb ist die kommunale Ebene die Herzkammer für eine liberale Bürgergesellschaft.

Grundlage aller erfolgreichen Lokalpolitik sind engagierte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Aufgabe der Landespolitik ist es, dieses freiwillige Engagement für die örtliche Gemeinschaft durch bestmögliche Rahmenbedingungen zu unterstützen. Bereits in der 14. Wahlperiode des Landtags wurde unter schwarz-gelber Regierungsverantwortung hierzu eine sogenannte Ehrenamtskommission eingerichtet, deren Ergebnisse mittlerweile Eingang in die Gesetzgebung gefunden haben. Um an diese Erfolge anzuknüpfen, wurde auch in der laufenden Legislaturperiode eine solche Kommission ins Leben gerufen, an der sich die FDP zusammen mit der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) im Interesse des kommunalen Ehrenamtes beteiligt.

Bei vielen wichtigen Fragestellungen kann es sinnvoll sein, **Bürgerinnen und Bürger direkt über lokale Angelegenheiten entscheiden** zu lassen. Hierbei können Verfahren wie Bürgerbegehren oder Bürgerentscheide gute Dienste leisten, solange sie nicht von sogenannten Wutbürgern als Blockadeinstrumente oder zur Durchsetzung von Partikularinteressen missbraucht werden. Es kann und soll nicht darum gehen, die repräsentative Demokratie zu ersetzen, sondern darum, direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten mit Augenmaß weiter zu entwickeln.

Um bedarfsorientiert und bürgernah arbeiten zu können, benötigen unsere Kommunen ein Höchstmaß an Handlungsfreiheit. Doch obwohl das Recht auf kommunale Selbstverwaltung sogar Verfassungsrang besitzt, wird es durch landes- und bundesgesetzliche Bestimmungen regelmäßig eingeengt und unterlaufen. Beispielhaft hierfür ist der rot-grüne Entwurf für einen neuen **Landesentwicklungsplan**, mit dem SPD und Grüne die Gemeinden bei der Ausweisung von Baugebieten und Gewerbeflächen einschränken wollen. Den Landesentwicklungsplan in der vorliegenden Form lehnen wir ab.

Ähnliches gilt für die rot-grüne **Schulpolitik**, die Kommunen gleichberechtigte Gestaltungsmöglichkeiten für ungewünschte Schulformen verwehrt, so dass diese Benachteiligung es langfristig fraglich macht, ob vor Ort ein vielfältiges Schulangebot mit Gymnasien und Realschulen aufrechterhalten wird. Im Gegensatz zur Landesregierung mit ihren abstrakten Konzepten, wissen unsere Städte und Gemeinden meist viel besser, was für ihre Entwicklung gut ist.

Knappe Kassen und der **demographische Wandel** stellen unsere Kommunen bei ihren vielfältigen Aufgaben zunehmend vor enorme Herausforderungen. Allenthalben leiden die Gemeinden und Gemeindeverbände unter der stetigen **Zunahme von Aufgaben**, für deren Erledigung sie gleichzeitig immer weniger Mittel

zur Verfügung haben. Die andauernde **Unterfinanzierung durch das Land und den Bund** hat in den kommunalen Haushalten einen Schuldenberg von rund 50 Milliarden Euro anwachsen lassen. Etliche Städte und Gemeinden in NRW leben von der Substanz und finanzieren laufende Aufgaben durch Kredite.

Bundesseitig lasten vor allem **Sozialkosten in Milliardenhöhe** auf den Kommunen, die ihnen mehrheitlich unter SPD-Kanzler Schröder im Zuge der Hartz-IV-Reformen aufgebürdet wurden. Erst die schwarz-gelbe Bundesregierung der vergangenen Wahlperiode hat mit der Beseitigung dieser Missstände begonnen, beispielsweise durch die vollständige Übernahme der sogenannten Grundsicherungskosten. Darüber hinaus wurden substantielle Hilfen bei den Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zugesagt, die den Kommunen nun von der schwarz-roten Nachfolgeregierung vorenthalten werden.

Auch die **rot-grüne Landesregierung ist für die Haushaltsmisere der NRW-Kommunen maßgeblich mitverantwortlich**. Seit Jahren betreibt sie einen unzulänglichen und ungerechten kommunalen Finanzausgleich. Darüber hinaus zwingt sie vermeintlich reiche Kommunen zu einer Abgabe für notleidende Städte und Gemeinden, die letztendlich zu einer flächendeckenden Schieflage der Kommunalfinanzen führen wird. Im Gegensatz dazu setzt sich die FDP für eine bessere und gerechtere Gemeindefinanzierung ein, die mit einer konsequent auf Haushaltsausgleich und Schuldenabbau fokussierten örtlichen Konsolidierungspolitik einhergeht.

Des Weiteren wollen wir **Städte und Gemeinden von bürokratischen Hemmnissen befreien** und dafür sorgen, dass sie nicht ständig mit neuen Aufgaben und Standards befrachtet wird. Sinnlose und folgenreiche Normen, wie das rot-grüne Tariftreue- und Vergabegesetz, gehören abgeschafft. Schlecht gemachte Regelungen, wie das rot-grüne Rauchverbotsgesetz, erreichen ihre hehren Ziele nicht, gefährden aber wirtschaftliche Existenzen und nähren die von den Grünen vertretene Verbots- und Entmündigungskultur.

Nicht zuletzt befindet sich die Struktur der kommunalen Verwaltungen im permanenten Wandel. Der Einzug von Informationstechnologie und Internet in die lokalen Amtsstuben hat die Verwaltungspraxis in den vergangenen Jahren revolutioniert. Dies schafft nie dagewesene Möglichkeiten zur **Verwaltungsmodernisierung und interkommunalen Zusammenarbeit**. Außerdem können zeitgemäße Formen öffentlich-privater Partnerschaften erhebliche Entlastungen bei anstehenden Aufgaben ermöglichen, beispielsweise beim Kita-Ausbau oder bei der Modernisierung jahrzehntealter Infrastruktur. Hierbei muss die kommunale Familie durch gute Rahmenbedingungen und anleitende Hilfestellungen unterstützt werden.

Die FDP steht für eine selbstbestimmte und bürgerfreundliche Kommunalpolitik. Sie steht für ein lebendiges und aktives Gemeinwesen. Städte und Gemeinden sind mehr als nur Beton und Asphalt. Vor diesem Hintergrund beschließt die FDP Nordrhein-Westfalen folgende Positionen für eine liberale Kommunalpolitik in unseren Städten und Gemeinden:

1. **Kommunen altersgerecht umbauen**

Die Menschen in unserem Land werden immer älter. Um ihnen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, müssen unsere Kommunen barrierefrei bzw. barrierearm werden – vom Wohnquartier bis zum Nahverkehr. Dabei stehen sie vor großen Herausforderungen und sind auf die Unterstützung des Landes und des Bundes angewiesen. Dennoch ist jede Kommune einzigartig und muss für ihre Bedürfnisse individuelle Lösungen finden können. Ein von oben verordnetes, einheitliches Vorgehen wäre hier nicht zielführend.

2. **Betreuungsangebote an Schulen und in Kitas schaffen**

Nach wie vor haben wir zu wenig Betreuungsplätze für unter Dreijährige und zu wenig familienfreundliche Öffnungszeiten in Kindergärten. Gymnasien und Realschulen wird beim Ganztags eine flexiblere Gestaltung von der Landesregierung verwehrt. Familie, Beruf und Bildung lassen sich aber nur sinnvoll vereinbaren, wenn ausreichend qualitative Ganztagsangebote in allen Altersstufen gewährleistet sind und Wahlmöglichkeiten nicht aus politischen Gründen einseitig eingeschränkt werden.

3. **Vielfältige Schullandschaft sichern**

Die FDP steht für eine vielfältige örtliche Schullandschaft, die durch den Elternwillen und nicht durch parteipolitische Präferenzen geprägt wird. Dem Vorhaben der Landesregierung, Gymnasien, Real- oder Förderschulen durch nachteilige Rahmenbedingungen aus der Schullandschaft zu verdrängen, treten wir entschieden entgegen.

4. Kulturelle Vielfalt und Kreativität stärken

Unser Land soll sich als Land der Ideen profilieren, als Ort der künstlerischen und kreativen Innovationen. Kreativität ist eine entscheidende Ressource in einer globalisierten Welt. Ihre Entwicklung hängt nicht an einigen wenigen Leuchtturmprojekten, sondern braucht eine breite, vielfältige Grundlage. Die Kulturförderung wird im Wesentlichen von den Kommunen getragen, die vom Land stärker dabei unterstützt werden müssen. Die vorgesehenen Eckpunkte zum Rot-Grünen Kulturfördergesetz sorgen nicht für eine nachhaltige Stärkung von Kultur und Kreativität in den Kommunen.

5. Kommunale Selbstverwaltung erhalten

Kommunale Entwicklungen sollten von übergeordneten staatlichen Ebenen nicht grundlos eingegrenzt werden. Mit dem neuen Landesentwicklungsplan will Rot-Grün das kommunale Selbstverwaltungsrecht bei der Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten unnötig beschneiden. Die Kommunen wissen jedoch selbst am besten, welche Maßnahmen für das Leben vor Ort geeignet sind.

6. Überflüssige Gesetze und Standards abbauen

Immer neue Gesetze und Standards, die von den Kommunen zu befolgen sind oder deren Einhaltung sie überwachen müssen, befrachten die örtlichen Verwaltungen mit Arbeit. Viele dieser Normen, z.B. das Tariftreue- und Vergabegesetz, mögen hehre Ziele verfolgen, sind in der Praxis aber völlig untauglich und gehören abgeschafft. Grundsätzlich gilt es, sämtliche kommunalrelevanten Regelungen mit der Zielsetzung der Verwaltungsvereinfachung auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen und anzupassen.

7. Kommunales Ehrenamt stärken

Das kommunale Ehrenamt bildet den Nukleus des örtlichen Gemeinwesens. Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagieren, sollten dies unter den bestmöglichen Rahmenbedingungen tun können. Die FDP engagiert sich zu diesem Zweck in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe des NRW-Landtags. Gerade in grundsätzlichen Fragen ist die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger essentiell. Unsere Städte und Gemeinden sollten daher häufiger den Mut finden, die Bürger mit dem Instrument des Ratsbürgerentscheids selbst politisch aktiv werden zu lassen.

8. Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln

Für bestimmte Anliegen stellen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide eine sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie vor Ort dar. Diese gilt es weiterzuentwickeln und auszubauen, ohne sie dabei zu Blockadeinstrumenten gegen das Allgemeinwohl zu machen.

9. Interkommunale und öffentlich-private Zusammenarbeit fördern

Die moderne Informationstechnik birgt erhebliche Potenziale für die interkommunale Zusammenarbeit. Gerade durch eine vernetzte Verwaltung im sogenannten „backoffice“ können Kommunen Ressourcen einsparen, ohne dabei an Servicequalität zu verlieren. Auch die Kooperation mit privatwirtschaftlichen Akteuren in öffentlich-privaten Partnerschaften kann bei der Verwaltungsmodernisierung helfen und bares Geld sparen. Hierbei sollten die Kommunen vom Land anleitende Hilfestellungen erhalten.

10. Kommunalfinanzierung auskömmlich und gerecht gestalten

Die FDP will gesunde Kommunalfinanzen für ein funktionierendes örtliches Gemeinwesen. Als kurzfristige Hilfe fordert die FDP in ihrem Haushaltskonzept eine Zukunftspauschale in Höhe von 195 Millionen Euro pro Jahr für Investitionen in Kinder, Köpfe, Kultur und Konjunktur in den Kommunen. Mittelfristig muss der kommunale Finanzausgleich grundlegend reformiert und an den tatsächlichen Bedarfsstrukturen der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ausgerichtet werden. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben dürfen nicht länger in Finanzierungsverantwortung der Kommunen stehen. Der Grundsatz „wer bestellt, bezahlt“ muss konsequent eingehalten werden. Dies gilt sowohl für die bundesseitigen Soziallasten als auch für die schulische Inklusion und andere landesseitige Aufgabenübertragungen.

11. Haushaltskonsolidierung vorantreiben

Zins- und Tilgungslasten für rund 50 Milliarden Euro Schulden nehmen den Kommunen sprichwörtlich die „Luft zum Atmen“. Oberste Priorität auf dem Weg zur Wiedererlangung der kommunalen Handlungsfähigkeit müssen daher Haushaltsausgleich und Schuldenabbau haben. Schon seit langem verfolgt die FDP hier das Konzept „Masterplan: Schwarze Null“.